

Bern, 7. Februar 2018



UNTERLAGEN ZUM PARTEITAG

**Sozialdemokratische Partei
des Kantons Bern**

**Parti socialiste
du canton de Berne**

Monbijoustrasse 61
Postfach/c.p. 2947
3001 Bern

T 031 370 07 80
F 031 370 07 81

sekretariat@spbe.ch
www.spbe.ch

Datum, Zeit **Mittwoch, 14. Februar 2018, 18.15 bis 21.45**

Ort, Raum **Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern,**
Unionssäle im 2. Stock

Als Beilage senden wir euch/dir folgende Unterlagen zu:

- Traktandenliste
- Geschäftsordnung inkl. Unterlagen zu den Traktanden
- Zusammenzug Statutenänderungen zur Aufnahme der SP MigrantInnen Kanton Bern (separate Beilage zu Traktandum 6)

Fristen

Frist für Resolutionen **bis 12.02.2018 (12 Uhr) an: sekretariat@spbe.ch**

Liebe Genossinnen und Genossen

Ganz herzlich lade ich euch zum Parteitag der SP Kanton Bern vom 14. Februar 2018 in Bern ein. Gut sechs Wochen vor den kantonalen Wahlen wollen wir uns auf die heisse Phase einstellen. Wer könnte dies besser schaffen als unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga? Weiter wollen wir die SP MigrantInnen Kanton Bern feierlich in die Kantonalpartei aufnehmen, über Digitalisierung diskutieren und Referenden debattieren sowie die Abstimmungsparolen für den 4. März 2018 fassen. Bei so vielen spannenden Themen reicht die übliche Zeit nicht aus. Deshalb starten wir für einmal schon um 18.15 Uhr. Ich danke euch für euer Verständnis.

Digitalisierung betrifft uns ständig, überall und vor allem immer stärker. Ob bei der Arbeit, in der Schule, in der Freizeit oder schlicht im Alltag, wir können uns der digitalen Welt nicht entziehen. Am Parteitag hören wir dazu zuerst ein Inputreferat von Markus «Kusito» Maurer, Dozent für Web Trends. Anschliessend diskutieren unsere Regierungsratskandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann und Christophe Gagnebin über die Chancen und Risiken der Digitalisierung. Zum Schluss dieses Blocks wollen wir mit einer Resolution auch als Partei Stellung zur Digitalisierung beziehen.

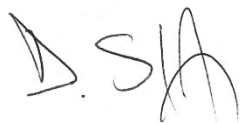
Vor knapp Jahr einem haben sich die SP MigrantInnen Kanton Bern neu gegründet. Der Vorstand ist hoch motiviert und möchte sich vermehrt einbringen. Eine erste ganz grosse Gelegenheit dazu bietet sich natürlich bei den anstehenden Wahlen. Damit die SP MigrantInnen auch offiziell Teil unserer Kantonalpartei werden, braucht es eine Statutenänderung.

Drei Wochen vor den kantonalen Wahlen stehen auch noch sehr wichtige Abstimmungen an, zu denen wir die Parolen fassen wollen. Neben der No Billag-Initiative auf eidgenössischer Ebene, befinden wir im Kanton auch noch über die Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!» und den Kantonsbeitrag an das Projekt «Tram Bern – Ostermundigen».

Im Nachgang zur Spardebatte im Kanton Bern ist es sehr gut möglich, dass die Kantonalpartei mehrere Referenden ergreifen muss. Im Vordergrund stehen dabei das Sozialhilfegesetz und das Steuergesetz. Am Parteitag werden wir die Ausgangslage dazu diskutieren.

Ich freue mich sehr auf einen interessanten Parteitag und hoffe, dass ich viele von euch in Bern treffen werde.

Solidarische Grüsse



David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Diese Einladung geht an

- Sektionen, Regionalverbände, SP Frauen Kanton Bern, JUSO Kanton Bern, SP 60+ Kanton Bern, Sozialdemokratisches Forum der Universität Bern
- Mitglieder der Grossratsfraktion, Mitglieder der Geschäftsleitung, Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Berner SP-Deputation im eidg. Parlament
- Ehrengäste, SP Schweiz, Gewerkschaftsbund Kanton Bern

TRAKTANDENLISTE

<i>Zeit</i>	<i>Tr.</i>	<i>Traktanden</i>
18.15	1.	Eröffnung und Begrüssung Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern
	2.	Wahlen zum Parteitag - StimmzählerInnen - Mandatsprüfungskommission - Wahlbüro - Tagesbüro (wird gemäss Statuten eingesetzt)
	3.	Genehmigungen - Tagesordnung - Geschäftsordnung - Protokoll des Parteitages vom 01.11.2017 (auf der Website aufgeschaltet)
18.30	4.	Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin
18.45	5.	Thema Digitalisierung - Inputreferat Markus «Kusito» Maurer, Dozent Web Trends - Diskussion mit den Regierungsratskandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann und Christophe Gagnebin - Verabschiedung Resolution zur Digitalisierung
19.45	6.	SP-MigrantInnen Kanton Bern - Input Nazan Walpoth und Ivan Kolak Co-Präsidium SP MigrantInnen BE - Aufnahme in die SP Kanton Bern (Statutenänderung)
20.15	7.	Parolen für die Abstimmungen vom 04.03.2018 - Kantonsbeitrag «Tram Bern-Ostermundigen» - Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!» - No Billag-Initiative - Finanzordnung 2021
20.45	8.	Referenden zu Grossratsgeschäften
21.15	9.	Resolutionen
21.30	10.	Verschiedenes
21.45	11.	Schluss des Parteitages

GESCHÄFTSORDNUNG / RÈGLEMENT

1. Stimmkarten / Cartes de vote

Die Stimmkarten werden am Parteitag bei der Mandatskontrolle persönlich abgegeben. Bei den Abstimmungen werden nur die Stimmkarten gezählt. Verlorene Stimmkarten werden nicht ersetzt.

Les cartes de vote sont remises personnellement lors du contrôle des mandats le jour du congrès. Lors des votations, seules les cartes de vote sont comptées. Les cartes de vote perdues ne sont pas remplacées.

2. Redezeit / Temps de parole

Begründung von Anträgen	5 Minuten
Développement de propositions	5 minutes
Begründung der Haltung der Geschäftsleitung	5 Minuten
Développement de la position du comité directeur	5 minutes
Diskussionsvoten	3 Minuten
Intervention au cours des discussions	3 minutes

3. Wortbegehren / Intervention

Delegierte, die das Wort wünschen, melden dies schriftlich mit dem beim Podium aufliegenden Formular «Wortbegehren» und übergeben dieses vollständig ausgefüllt dem Präsidium, bevor die Sitzungsleitung die RednerInnenliste geschlossen hat.

Les délégué-e-s qui désirent prendre la parole s'annoncent par écrit par le biais du formulaire «Intervention» disponible au podium. Ils le transmettent dûment rempli à la présidence avant que la présidence de séance ne close la liste des orateurs.

4. Anträge / Propositions

Anträge sind ebenfalls mit dem vollständig ausgefüllten Formular «Wortbegehren» schriftlich beim Präsidium zu deponieren.

Les propositions doivent être déposées par écrit auprès de la présidence à l'aide du formulaire «Intervention» dûment rempli.

5. Wahlen und Abstimmungen / Elections et votations

Wahlen und Abstimmungen finden nach Statuten (Artikel 9) statt. Bei mehreren Kandidierenden für das gleiche Amt erfolgt die Wahl schriftlich und geheim, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Mitglied aus dem Plenum beantragt. Die Abstimmungen finden in der Regel offen statt. Sie werden schriftlich und geheim durchgeführt, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Drittel der Stimmenden verlangt.

Les élections et votations sont effectuées conformément aux statuts (article 9). Quand plusieurs candidat-e-s briguent la même fonction, l'élection a lieu à bulletin secret si le comité directeur ou un membre du plenum en fait la demande. Les votations se font généralement à main levée, mais le scrutin a lieu à bulletin secret si le comité directeur ou un tiers des délégués le demande.

5. Resolutionen / Résolutions

Resolutionen müssen spätestens am Mittag zwei Tage vor dem Parteitag auf dem Parteisekretariat eingereicht werden. Resolutionen zu Ereignissen der letzten zwei Tage vor dem Parteitag sind eine Stunde vor Parteitagbeginn einem/einer der gewählten ParteisekretärInnen zu übergeben.

Les résolutions doivent être transmises au secrétariat du parti au plus tard à 12h00 deux jours avant le congrès. Les résolutions portant sur des événements ayant lieu les deux jours avant le congrès sont à transmettre à un(e) secrétaire du parti une heure avant le début du congrès.

GESCHÄFTE DES PARTEITAGES

Traktandum 5

Thema Digitalisierung: Resolution

Digitalisierung betrifft uns ständig, überall und vor allem immer stärker. Ob bei der Arbeit, in der Schule, in der Freizeit oder schlicht im Alltag, wir können uns der digitalen Welt nicht entziehen. Das hat durchaus Vorteile. Statt Briefe schreiben wir Emails, Zugtickets kaufen wir über das Handy statt am Schalter anzu- stehen und das nächste Restaurant finden wir auf Google Maps. Aber die schöne neue Welt hat auch ihre Kehrseite: Arbeitsplätze oder ganze Berufszweige verschwinden, Menschen ohne das nötige technische Knowhow verlieren den Anschluss oder drohen zu vereinsamen. **Gerade aus linker Sicht ist dies besorg- niserregend, denn es besteht die Gefahr, dass wichtige soziale Errungenschaften infrage gestellt werden.** Der Staat muss deshalb die Digitalisierung eng begleiten und wo nötig korrigierend eingreifen. Bisher ist leider wenig davon zu spüren. Es herrscht vielmehr eine Laisser-faire-Mentalität.

Für die SP Kanton Bern ist klar, dass die Politik bei der Digitalisierung eine aktive Rolle einnehmen muss. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat dabei eine oberste Maxime definiert: **Die SP Kanton Bern verlangt vom Kanton Bern, dass er im Rahmen der stetig zunehmenden Digitalisierung die gesell- schaftliche Teilhabe aller sicherstellt.** Teilhabe bedeutet, dass niemand ausgeschlossen wird. Das kann sowohl die Arbeit, die Bildung oder auch das ganz alltägliche Leben betreffen. Wenn SBB-Tickets nur noch über das Internet gelöst werden können, dann werden alle, die über kein Internet verfügen oder dieses nicht beherrschen, beim Zugfahren ausgeschlossen. Oder wenn Abstimmen eines Tages nur noch online möglich ist, dann können manche Personen nicht mehr mitbestimmen, obwohl sie eigentlich stimmberechtigt wären. Die Politik muss Antworten auf diese Fragen haben und Lösungen anbieten.

Gleiches gilt für die Bildung. In der sich rasch wandelnden digitalen Welt müssen die Schulbildung und die Lehrmittel laufend angepasst werden. Kinder werden in zehn oder zwanzig Jahren einen anderen Unterricht erleben als heute. Entsprechend braucht es genügend Weiterbildungsmöglichkeiten, damit ihre gesell- schaftliche Teilhabe gesichert ist. Die Menschen müssen über das nötige Wissen verfügen, um in einer riesigen Datenmenge richtige und falsche Informationen unterscheiden zu können. Die Politik muss zudem den Datenschutz sicherstellen und die Macht jener, die über grosse Datenmengen verfügen, regulieren.

Weiter betrifft die Digitalisierung ganz konkret die Arbeitswelt. Optimistinnen glauben, dass die Entwicklung immer wieder neue Jobs schafft und die aufgrund der Digitalisierung verschwundenen Arbeitsstellen ersetzt werden können. Pessimisten dagegen befürchten, dass mittelfristig ein grösserer Teil der Gesellschaft gar keine Arbeit mehr haben wird. Die Politik muss darauf sozialverträglich Antworten finden, sei es in Form einer massiven Reduktion der Arbeitszeit oder sogar einem bedingungslosen Grundeinkommen. Unabdingbar wird ein besserer Arbeitnehmerschutz sein. Prekäre Arbeitsbedingungen und Scheinselbstständigkeit müs- sen verhindert werden. Allfällige Gewinne aus der Digitalisierung müssen sowohl den Unternehmen als auch den Angestellten zugutekommen.

Aus linker Sicht muss der digitale Fortschritt allen dienen. Dies gelingt nur, wenn die gesellschaftliche Teilhabe aller sichergestellt ist. Es ist die Aufgabe der Politik dies jedes Mal wieder von neuem zu garantieren.

Antrag GL: Die GL beantragt einstimmig die Annahme der Resolution.

Traktandum 6

SP-MigrantInnen Kanton Bern

Nach vier Jahren Projektphase nahm die SP Schweiz 2016 die SP MigrantInnen als offizielles Organ der Partei auf und stellte sie damit den SP Frauen und der SP 60+ gleich. Am 31. Januar 2017 hat sich nun auch auf kantonaler Ebene eine SP MigrantInnen gegründet, damals als Bewegung noch ohne Aufnahme in die SP Kanton Bern. Im Verlauf des letzten Jahres war die gut organisierte Gruppe auf verschiedenen Ebenen aktiv. Beispielsweise hat sie im September eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt und bietet in mehreren Diasporas Kurse zu verschiedenen Themen an.

Das Ziel der Gruppe war immer die Aufnahme in die SP Kanton Bern. Dies ist auch im Sinn der Kantonalpartei. Zum einen geht es dabei um die Anerkennung von Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der SP, zum anderen können durch die SP MigrantInnen Bevölkerungsgruppen erreicht werden, zu denen sonst der Zugang fehlt. Aus diesen Gründen ist die Geschäftsleitung überzeugt, dass die Aufnahme der SP MigrantInnen Kanton Bern in die SP Kanton Bern ein guter und sinnvoller Schritt ist. Sie schlägt dem Parteitag deshalb eine Anpassung der Statuten vor, die den SP MigrantInnen Kanton Bern die gleichen Rechte zuspricht, wie den SP Frauen Kanton Bern und der SP 60+ Kanton Bern. Die detaillierten Anpassungen können im beiliegenden Dokument nachgelesen werden.

Antrag GL: Die GL beantragt dem Parteitag die Annahme der Statutenänderung und Aufnahme der SP MigrantInnen Kanton Bern in die SP Kanton Bern.

Traktandum 7

Parolen für die Abstimmungen vom 04.03.2018

Kantonsbeitrag Tram Bern - Ostermundigen

Nach der Ablehnung des Projekts «Tram Region Bern» durch die Gemeinden Köniz und Ostermundigen im Jahr 2014, haben die beiden Gemeinden Bern und Ostermundigen einen neuen Anlauf für ein Tram unternommen. Unterdessen hat die Stimmbevölkerung in beiden Gemeinden dem angepassten Projekt zugestimmt und der Grosse Rat hat im Juni 2017 einen Kredit von CHF 101'862'000.- gesprochen. Gegen diesen kantonalen Kredit wurde erfolgreich das Referendum ergriffen.

Mit dem Projekt Tram Bern - Ostermundigen soll die Buslinie 10 zwischen Bern und Ostermundigen auf Trambetrieb umgestellt werden. Die äusserst nachfragestarke Linie wird heute zu Stosszeiten im 3-Minuten-Takt betrieben und ist dennoch in den Spitzenzeiten überlastet. Zudem führt der dichte Takt zu betrieblichen Problemen und beeinträchtigt das Gesamtverkehrsnetz zwischen Bern und Ostermundigen. Gemäss Prognosen nimmt das Verkehrsaufkommen auf der Linie 10 in den nächsten Jahren weiter zu und wird mittelfristig weder durch Doppelgelenkbusse noch durch die auszubauende S-Bahn bewältigt werden können. Deshalb ist eine Tramlösung notwendig.

Antrag GL: Die GL beantragt einstimmig die Ja-Parole.

Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!»

Diese Initiative aus den Reihen von Gegnern des Lehrplans 21 verlangt, dass die Einführung von Lehrplänen zwingend einem Grossratsbeschluss sowie dem fakultativen Referendum unterstellt werden muss. Heute obliegt die Einführung von Lehrplänen in abschliessender Kompetenz dem Regierungsrat. Dies ist durchaus sinnvoll, denn der Umfang eines Lehrplans (450 Seiten für den Lehrplan 21) ist zu gross für eine wirklich inhaltliche Abstimmungsdebatte. Weiter gefährdet die Initiative die Bemühungen um die Harmonisierung des Schulwesens in der Deutschschweiz. Zudem müssten alle Anpassungen und Ergänzungen eines Lehrplans immer wieder von neuem vors Parlament, resp. vors Volk gebracht werden. Dies würde zu einer grossen Schwerfälligkeit und Verzögerungen führen.

Antrag GL: Die GL beantragt einstimmig die Nein-Parole.

No-Billag-Initiative

Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren», besser bekannt als No-Billag-Initiative, verlangt die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren, welche bis anhin über die Firma Billag eingezogen werden. Gemäss Initiativtext dürfte der Bund weder eigene Radio- und Fernsehstationen betreiben noch solche subventionieren. Weiter dürfte er auch keine Empfangsgebühren erheben.

Bei Annahme der Initiative müsste nicht nur die SRG den Betrieb einstellen, auch 35 regionalen Radio- und TV-Stationen drohte das Aus. Gerade in der Schweiz, wo die Bürgerinnen und Bürger mehrmals pro Jahr über teils komplexe Vorlagen befinden und wo die sprachliche und geographische Vielfalt gross ist, wäre dieser Verlust an Informationskanälen verheerend.

Antrag GL: Die GL beantragt einstimmig die Nein-Parole.

Finanzordnung 2021

Die geltende Finanzordnung beschränkt die Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis Ende 2020. Die Einnahmen aus diesen beiden Steuern belaufen sich auf über 42 Milliarden Franken und machen mehr als 60 Prozent des Bundeshaushaltes aus. Ohne diese Steuern könnte der Staat seine Aufgaben im bisherigen Umfang nicht mehr wahrnehmen. Der Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 verlängert daher die Befugnis zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis 2035.

Antrag GL: Die GL beantragt einstimmig die Ja-Parole.